

© **Schwerpunkt »Tierhaltung in der Landwirtschaft«**

»Bauernhöfe statt Agrarfabriken«

Die Erfolgsgeschichte eines zivilgesellschaftlichen Netzwerks

von Eckehard Niemann

Seit gut vier Jahren gibt es das Netzwerk »Bauernhöfe statt Agrarfabriken«. Mittlerweile engagieren sich in diesem Netzwerk etwa 250 Initiativen vor Ort gemeinsam mit bundes- und/oder landesweit agierenden Organisationen für eine zukunftsfähige und nachhaltige Nutztierhaltung auf bäuerlichen Betrieben und gegen Agrarfabriken. Das Engagement zahlt sich aus: Neben der konkreten Verhinderung von Megaställen war und ist das Netzwerk an wichtigen gesetzlichen Veränderungen im Bau- und Tierschutzrecht beteiligt. Grundlage des erfolgreichen Wirkens dieses Netzwerks sind gute Organisation, umfassende Information, eindruckliche Demonstrationen und hartnäckige politische Überzeugungsarbeit. Der folgende Beitrag wirft aus der Sicht des Netzwerkes einen Blick auf die bisherigen Erfolge und benennt aktuelle und zukünftige Entwicklungen und Herausforderungen.

Im September 2009 wurde in Magdeburg das bundesweite Netzwerk »Bauernhöfe statt Agrarfabriken« gegründet – gerade rechtzeitig vor einer Flut von Anträgen auf noch mehr Megaställe für Legehennen, Masthühner, Puten, Mastschweine, Sauen und auch Milchkühe. Laut einer Studie des BUND wurden zwischen 2009 und 2012 Tierplätze für 2,5 Millionen Puten, knapp 40 Millionen Masthühner, 2,5 Millionen Schweine sowie 100.000 Milchkühe beantragt und bewilligt.¹ Durch Klagen von Bürgern, Naturschutzverbänden und Gemeinden konnte nur ein Teil dieser Anlagen verhindert werden. Hinzu kommen aber viele Hunderte ursprünglich geplanter Anlagen, deren Investoren wegen der zu erwartenden Auseinandersetzungen von ihren Vorhaben Abstand nahmen. Auch reine »Bauern-Initiativen« wie zum Beispiel in Barver (Diepholz) oder im Emsland verhinderten erfolgreich Ställe für mehrere Tausend Kühe bzw. Schweine (zu den verhinderten Ställen siehe untenstehenden Kasten). Gemeinsam mit anderen Verbänden und Institutionen hat das Netzwerk wichtige gesetzliche Veränderungen im Bau- und Tierschutzrecht auf den Weg gebracht.

Das Prinzip der offen-lockeren und gerade deshalb konfliktarmen, flexiblen Vernetzung zwischen den mittlerweile 250 Bürgerinitiativen und Verbänden wie AbL, Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt, BUND, Deutscher Tierschutzbund, Evangelischer Entwicklungs-Dienst (EED) oder PROVIEH hat sich bewährt. In Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen,

Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Bayern haben sich bereits Landesnetzwerke gegründet. Entsprechende Bewegungen gibt es auch in anderen Ländern wie den Niederlanden – kürzlich vernetzten sich in Papenburg in einem ersten Schritt holländische und deutsche Bürgerinitiativen zur Initiative ORA (lateinisch, die Grenze). Diese Netzwerkaktivitäten machen politisch wirksam, was die Mehrheit der Menschen bei uns wie auch in den Nachbarländern schon lange will: eine artgerechte Tierhaltung ohne systematischen Antibiotikaeinsatz zur Kaschierung von Haltungstress, mit echter Bindung an heimische und betriebliche Futterflächen, in mittelständisch-bäuerlichen Strukturen – und nicht in agrarindustriellen Konzern-Abhängigkeiten, die auf der Anpassung von Tieren an Megaställe, auf Gensojaimporten und Exportüberschüssen zu Lasten der Bauern hier und in den Empfängerländern beruhen.

Neu: Bürger vor Ort aktiv

Für Umwelt- und Tierschutz, Bauernhöfe und eine gerechte Eine-Welt setzen sich viele Verbände und Initiativen schon lange ein. Neu ist, dass sich viele Bürger/innen gegen eine Agrarfabrik an ihrem Wohnort einsetzen. Die meisten von ihnen zunächst aus dem unmittelbaren Grund, dass sie wegen der Emissionen von Keimen, Ammoniak und Geruch um ihre Gesundheit, ihre Lebensqualität, ihre Umwelt und ihre weichen

Standortfaktoren fürchten. Und dies sind beileibe keine »bornierten Beweggründe«, sondern sehr gerechtfertigte: Warum sollte man all diese Risiken in Kauf nehmen, nur weil jemand einen weiteren umstrittenen Megastall bauen will – mit zumeist ohnehin zweifelhaften Gewinnaussichten, aber einem Mehrfachen an Wertverlusten für die Immobilien der Anwohner. Doppelt bestätigt fühlen sich die Bürgerinitiativen in ihrem Widerstand, wenn sie Informationen darüber erhalten, wie die Tiere in dem Stall und anderswo gehalten werden, woher die Sojafuttermittel stammen und welche Auswirkungen der Anbau in ihren Ursprungsländern hat, woher die Gülleüberschüsse stammen, was mit den Fleischüberschüssen geschieht und wie das alles mit der Agrarpolitik zusammenhängt.

Und nichts ist erfolgreicher als der Erfolg: Über das Netzwerk erfahren die Bürgerinitiativen von anderen Initiativen, von erfolgreichen Hebeln der Verhinderung. Sie bekommen Zugang zu Adressen von Gutachtern und Anwälten, die neue Lücken in den Antragsunterlagen, Genehmigungsverfahren und Verordnungen aufdecken – von fehlenden Keimschutzgutachten bis hin zu unzureichenden Brandschutzanforderungen. Auch die Medien, die sich interessiert dieser neuen Bewegung zuwenden, stoßen bei ihren Recherchen auf viele weitere Missstände und decken immer neue Skandale in Agrarindustrie und Ernährungswirtschaft auf. Die logische Konsequenz: Unter dem Motto »Wir haben es satt!« demonstrieren immer mehr Menschen – nicht nur alljährlich in Berlin anlässlich der »Grünen Woche«, sondern auch in Hannover, um den Rothkötter-Schlachthof in Wietze und am geplanten Straathof-Schweinekonzern-Standort Donauwörth.

Bewährt hat sich die bewusste Beschränkung der Netzwerkarbeit auf das Thema der Tierfabriken. Grundlage der Arbeit ist die Verhinderung von agrarindustriellen Megaställen und die Förderung einer artgerechten und flächengebundenen Tierhaltung in bäuerlichen Strukturen. Weitere Themen und Inhalte werden natürlich auch im Netzwerk diskutiert – sie werden als wichtig empfunden, sind aber nicht Bedingung für das Mitmachen oder die Grundlage der Öffentlichkeitsarbeit. Das verhindert eine Überfrachtung der Bewegung, unnötige Konflikte und Spaltungen. Die genuinen und gemeinsamen Themen der Bürgerinitiativen sind eben nicht generell »die Landwirtschaft«, »die Bauern« oder »die Gülle«, sondern die Verhinderung speziell der agrarindustriellen Megaställe und deren Auswirkungen. Dieses begrenzte, aber zentral wichtige Ziel liegt auch im Interesse aller anderen Engagierten aus Tierschutz, Landwirtschaft, Umweltschutz und Eine-Welt-Bewegung: Es verändert an einem wesentlichen Punkt die agrarindustrielle Entwicklung, es bringt viele Menschen zusätzlich in Berührung mit weitergehenden Anliegen und Ansätzen.

Erfolg: neue Tierplatz-Obergrenzen im Baurecht

Bewährt haben sich vor diesem Hintergrund gerade auch die Tierplatzzahlen, die erstmals das Netzwerk 2010 aus Anlass der Internationalen Grünen Woche in Berlin in seinem Positionspapier² als Obergrenzen für die baurechtliche Bauprivilegierung öffentlich eingefordert hat. Für Anlagen mit mehr als den dort genannten Tierplätzen sollen die Gemeinden ein Vetorecht erhalten. Mit der Novelle des Bundesbaugesetzbuches haben diese Obergrenzen für alle Anträge nach dem 4. Juli 2012 und das Vetorecht seit September 2013, also bereits knapp vier Jahre später, zumindest für gewerbliche Ställe Gültigkeit erlangt: 1.500 Schweinemast-, 560 Sauen-, 30.000 Masthühner-, 15.000 Legehennen- bzw. Puten- und 600 Rinderplätze. Diese Zahlen haben ihren Ursprung im Bundes-Immissionsschutzgesetz. Es waren zum damaligen Zeitpunkt die einzigen in der Gesetzeslandschaft verankerten Grenzen. Daher haben wir eben diese genutzt, um schnell (ohne jahrelange Pro- und Kontra-Diskussion) zu einer Sperre gegen weitere Megaställe zu kommen. Das hat sich bewährt, weil diese Grenzen auch plausibel sind – vor allem, aber nicht nur in der Frage der Immissionsrisiken für Anwohner und Umwelt.

Denn diese Grenzen markieren in jedem Fall auch die Obergrenzen für eine artgerechte und flächengebundene Tierhaltung auf Bauernhöfen bzw. halten den Rückbau offen für eine solche Tierhaltung: Beim Weidegang der Kühe ist dies besonders offensichtlich, denn die für den Weidegang erforderlichen Grünlandflächen können Großbetriebe kaum bieten. Hühner und Puten können sich in Großställen nicht an überschaubaren Gruppen von Artgenossen orientieren, gehen allein schon deshalb größtenteils gar nicht aus dem ohnehin viel zu großen Stall und können zudem große Teile des Auslaufs gar nicht nutzen, weil die Flächen wegen der hohen Tierzahlen so groß und teilweise gar nicht erreichbar sind. Schweine brauchen Stroh und zumindest einen begrenzten Auslauf, auch dies können Bauernhöfe weitaus besser umsetzen als Megaställe.

Wir wollen in der neuen Legislaturperiode des Bundestages durchsetzen, dass das neue Vetorecht der Gemeinden nicht nur für »gewerbliche« Megaställe ohne ausreichende Flächengrundlage gilt, sondern ebenso für sogenannte »landwirtschaftlich privilegierte« Megaställe. Schließlich ist es hinsichtlich der Auswirkungen der Emissionen eines Megastalles und damit für Anwohner und Umwelt völlig gleichgültig, ob der Investor irgendwo noch irgendwelche Flächen angepachtet hat, um so die ausreichende Flächengrundlage nachzuweisen. Der generelle Stopp aller Megaställe ist auch der entscheidende Hebel gegen neue Schlupflöcher: Derzeit schaffen gewerbliche Investoren angebliche »Flächennachweise« – durch Scheinverträge mit

Ackerbaubetrieben oder durch Pachtverträge, deren Restlaufzeit unterhalb der gerichtlich vorgeschriebenen 18 Jahre liegt. Man wird auch bei dieser Baugesetz-novelle auf die Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände und vieler CDU-Landräte aus den agrar-industriell geprägten Tierhaltungsregionen setzen können, da sie auch die 2013 vollzogene Novelle unterstützt haben.

Wichtig: klare Abgrenzung zur Agrarindustrie

Die erwähnten Obergrenzen sind auch deshalb elementar wichtig, weil Bauern anhand dieser Zahlen klar einschätzen können, ob sie mit Begriffen wie »Agrarfabriken«, »Agrarindustrie« oder »Massentierhaltung« gemeint sind oder eben gerade nicht. Diese Zahlen zeigen auch, dass es der Bewegung nicht um eine nostalgische Rückkehr zu »kleinbäuerlichen Betrieben« geht, sondern um den Erhalt auch gut strukturierter mittelbäuerlicher Betriebe in Abgrenzung zur Konzern-Agrarindustrie. Bauernhöfe sind nicht Bullerbü. Auch

auf Bauernhöfen findet nicht automatisch eine artgerechte Tierhaltung statt. Aber die einzige Alternative zur Agrarindustrie sind eben Betriebe, die von unabhängigen Bauern und ihren Familien selbstbestimmt und mit Generationen übergreifendem Blick nachhaltig bewirtschaftet werden. Dies schließt die Notwendigkeit gesetzlicher Vorgaben zum Umweltschutz und für eine artgerechte Tierhaltung durchaus nicht aus, ihre Strukturen sind aber die Voraussetzung für deren Realisierbarkeit.

Diese Obergrenzen entscheiden deshalb mit darüber, wie viele Landwirte sich von der Bewegung »Bauernhöfe statt Agrarfabriken« nicht abgeschreckt, sondern sogar mitvertreten sehen. 90 Prozent der Schweinehalter bleiben bislang unter diesen Obergrenzen. Die restlichen zehn Prozent agrarindustrieller Wachstumsbetriebe sind für den Hauptteil der für alle Bauern die Erzeugerpreise drückenden Überschussproduktion verantwortlich. Das neue Baurecht begrenzt dieses ruiniös-unsinnige »Wachsen oder Weichen« und schafft – wegen der damit verbundenen Mengenbegrenzung –

Tierfabriken verhindert – Erfolge in den einzelnen Bundesländern

Allein seit Ende 2012 bis Oktober 2013 konnten 30 Tierfabriken für 1,9 Millionen Masthühner, 335.000 Legehennen, 20.000 Puten, 113.000 Schweine und 2.200 Kühe sowie ein Großschlachthof für Masthühner vor Ort verhindert werden:³

Mecklenburg-Vorpommern

Im mecklenburgischen *Kuppentin* (bei Plau) erreichte der BUND die vorläufige Stilllegung einer 130.000er-Hähnchenmastanlage wegen einer fehlenden Umweltverträglichkeitsprüfung eines FFH-Gebiets. Im mecklenburgischen *Wattmannshagen* wurde der Bau einer 200.000er-Hähnchenmastanlage und im vorpommerschen *Klein Daberkow* der Weiterbau einer 400.000er Hähnchenmastanlage gestoppt. Die Gemeinde *Mestlin* setzte beim Verwaltungsgericht Schwerin die vorläufige Stilllegung einer 2008 genehmigten 1.500er-Schweineanlage durch – wegen Verstoßes gegen die Vogelschutzrichtlinie. Anfang März 2013 stoppte das Amt für Raumordnung und Landesplanung Rostock unbefristet den Neubau einer Mastanlage für 7.900 Schweine in Suckwitz wegen fehlender Verträglichkeitsuntersuchungen zum Naturschutz und zur Betroffenheit des Tourismus. Eine Bürgerinitiative aus dem vorpommerschen *Angermünde* erreichte die Ablehnung des Antrags der Milchgut Schmargendorf KG auf Erweiterung ihrer Milchviehanlage von 560 auf 1.400 Plätze. Im August 2013 ließ der Investor einer 300.000er-Masthühneranlage in *Groß Lukow bei Neubrandenburg* angesichts eines angeord-

neten Raumordnungsverfahrens die Frist für eine Stellungnahme verstreichen. Der in der agrarindustriellen »Bio«- und »Freiland«-Haltung aktive Heinrich Tiemann konnte seine 40.000er-Legehennenanlage in *Gremersdorf-Buchholz* nicht realisieren.

Niedersachsen und NRW

In Niedersachsen erreichte die Bürgerinitiative *Dielmissen* die Versagung der Genehmigung einer Hähnchenmastanlage durch den Landkreis Holzminden. Im Februar erfolgte die vorläufige Stilllegung zweier Hähnchenmastanlagen im emsländischen *Wippen* mit 84.000 Stallplätzen – Einwender hatten die unzureichende gutachterliche Berücksichtigung der Stickstoffemissionen auf die benachbarte Natur und die Gefährdung der Anwohner durch Bioaerosole moniert. Im März untersagte das Verwaltungsgericht Osna-brück in *Bippen* die Rodung von 1,7 Hektar Wald im Naturpark Teutoburger Wald für zwei mal 50.000 Hähnchenmastplätze. Im April zog der Investor für zwei Hähnchenmastanlagen (85.000 Mastplätze) im niedersächsischen *Springe/Boitzum* unter dem Druck der örtlichen Bürgerinitiativen seinen Bauantrag zurück. Der Landkreis *Stade* versagte aus Gründen des Immissionsschutzes die Genehmigung für einen 2.000er-Schweinemaststall. Ende April gab die Bürgerinitiative *Dalldorf* (Landkreis Gifhorn) die Verhinderung einer 120.000er-Legehennenanlage bekannt. In *Wendesse* verzichtete ein Landwirt nicht nur auf die Baupläne für eine 37.000er-Masthühneranlage, sondern stellte auch seinen ►

einen neuen Rahmen für höhere Erzeugerpreise, für »Klasse statt Masse« und für »Preiswachstum statt Mengenwachstum«. Filtererlasse (nur für Megaställe) und Vorgaben zum qualifizierten Flächennachweis zum Verbleib der Gülle haben eine ähnliche Wirkung in Richtung »Bauernhöfe statt Agrarfabriken«.

Erfolg: Tierschutzpläne und EU-Vorgaben

Noch stärker in diese Richtung wirken die Erfolge der Bewegung auf dem Gebiet des Tierschutzes: Der Niedersächsische Tierschutzplan aus dem Jahr 2011 listet nicht alle, aber wesentliche Missstände in der Nutztierhaltung auf und nennt klare Termine für deren Beendigung. Es ist bezeichnend für die Stärke der Bewegung, dass dieser Tierschutzplan zunächst von einer CDU-FDP-Regierung verabschiedet wurde. Die heutige rot-grüne Landesregierung setzt diese Vorgabe weiter konsequent um.

Nach einer Exkursion des niedersächsischen Agrarministers mit Landwirten und Wissenschaftlern nach

Österreich soll jetzt das Schnabelkürzen (besser: das Amputieren der Schnabelspitzen) bei Legehennen beendet werden, danach auch bei den Puten. Wie bei den Geflügelschnäbeln ist auch bei den Ringelschwänzen der Schweine das Kupieren seit vielen Jahren durch entsprechende EU-Richtlinien verboten. Während Tierhalter in Skandinavien, im Baltikum oder in England diese Vorgaben längst einhalten, hat man sich bisher in Deutschland mit »Ausnahme«-Regelungen für 90 (!) Prozent der betroffenen Tiere vor der vorgeschriebenen Umsetzung gedrückt. Die EU-Kommission nimmt dies nicht mehr hin und hat Bund und Bundesländern bereits hohe Strafen angedroht. Mittlerweile haben Schleswig-Holstein und NRW ähnliche Arbeitsgruppen eingesetzt wie in Niedersachsen, die an der raschen Beendigung der Kupiereingriffe arbeiten.

All dies erzwingt dann eine artgerechte Haltung der Tiere mit mehr Platz, auf Stroh und mit Auslauf. Bei aller Bedeutung weiterer wichtiger Faktoren für das Tierwohl – diese Haltungsbedingungen sind »durchschnittstauglich« für alle Betriebe und damit auch die

bisherigen Maststall gleicher Größe ein – angeblich wegen verschärfter Vorschriften, vermutlich aber vor allem wegen der ruinösen Erzeugerpreise.

Ende März 2013 erreichte die Bürgerinitiative *Hüllhorst/Tengern* (bei Minden), dass der Investor seinen Antrag auf Bau einer 39.000er-Hähnchenmastanlage zurücknahm. Ebenfalls im März wies das OVG *Münster* die Beschwerde eines Investors zurück, der in einem Naturschutzgebiet eine Putenmastanlage von 35.000 auf 55.000 Mastplätze aufstocken wollte. Ein Investor in *Ganderkesee* zog im Juni nach heftigem Bürgerwiderstand seinen Antrag auf einen Stall mit 37.500 Masthühnerplätzen zurück. Das OVG Lüneburg setzte im Juli eine Genehmigung des Landkreises *Stade* für einen 6.200er-Schweinemaststall in *Düdenbüttel* außer Kraft – wegen unzureichender Zufahrt und Stickstoffbelastung eines benachbarten Moores. Eine Bürgerinitiative in *Rastede* stoppte eine Milchviehanlage für 918 Kühe, ein anderer Investor in *Apen-Tange* zog den Antrag auf eine Aufstockung von 500 auf 1.000 Kuhplätze zurück. Eine Aufzuchtanlage für 85.000 Legehennen scheiterte in *Norrmannshausen* (Diepholz) an der falsch angegebenen Futterflächengrundlage. Nach jahrelanger Auseinandersetzung mit der Stadt Emden zog ein Investor den Antrag auf eine 85.000er Junghennenanlage in *Wybelsum* zurück. In *Ahlhorn*, Zentrum der Agrarindustrie und Wahlkreis der niedersächsischen »Ex-Agrarindustrie-Ministerin« Grotelüschen, erzwang die Bürgerinitiative MUT eine Bürgerbefragung, bei der ein geplanter Masthühner-Großschlachthof der Firma Kreienkamp mit 56 Prozent Mehrheit zu Fall gebracht wurde.

Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen

Angesichts des Widerstands einer Bürgerinitiative im brandenburgischen *Klausdorf* zog der Investor den Antrag auf eine 5.000er-Schweinemastanlage zurück. Das OVG Magdeburg entschied zugunsten der klagenden Stadt *Genthin*, dass der agrarindustrielle Straathof-Konzern eine auf 50.000 Ferkelplätze erweiterte Ex-LPG-Anlage auf die genehmigten 11.000 Tiere zurückbauen muss. Der niederländische Agrarindustrielle Straathof muss laut Urteil des Landesverwaltungsgerichts zudem eine ungenehmigte Biogasanlage bei seinen Schweinemastanlagen in *Binde* (bei Salzwedel) stilllegen – dies droht auch weiteren ungenehmigt gebauten Stallanlagen. Ende Februar stoppte die Bürgerinitiative *Diesdorf* (bei Salzwedel) mit Unterstützung des Netzwerks und des BUND eine geplante Hähnchenmastanlage mit 200.000 Plätzen, die Initiative in *Hanum/Jübar* im Juli eine mit 80.000 Plätzen.

Die sächsische Gemeinde *Zschepplin* erreichte beim OVG Bautzen eine aufschiebende Wirkung gegenüber den Bauplänen dänischer Investoren für eine 11.000er-Schweinemastanlage im Ortsteil Krippelna. Vor einer letztinstanzlichen Entscheidung dürfe die Anlagen nicht gebaut oder betrieben werden. Der BUND Thüringen und die Bürgerinitiative »Diamantene Aue« betrieben eine erfolgreiche Klage beim Verwaltungsgericht Weimar gegen die Genehmigung einer 8.000er-Schweinemastanlage in *Oldisleben* – die Beeinträchtigung benachbarter FFH-Gebiete und Biotope war bei der Genehmigung durch das Landesverwaltungsamt nicht richtig berücksichtigt worden. Investor van Gennip zog seinen neuerlichen Antrag auf eine 32.000er-Schweinemastanlage im altmärkischen *Cobbelsmühlwinkel* abermals zurück.

unerlässliche Vorbedingung für die Beschränkung der Anwendung von Antibiotika auf einzelne kranke Tiere.

Die Agrarindustrielloby bzw. die Bauernverbandsspitze glauben immer noch, diese gesellschaftliche Entwicklung vor allem im Schweinebereich verhindern oder hinhalten zu können. Dabei ist klar, dass Veränderungen bei Management, Fütterung, Lüftung oder »Spielzeuge« in der Schweinebucht das Schwanzbeißen der Schweine nicht wirklich verhindern können. Dazu braucht ein neugieriges, intelligentes und wühlendes Tier wie das Schwein eben Stroh (und zum Abkoten draußen eine begrenzte Außenfläche). Ganz wie es EU-Richtlinien und praxisbewährte Programme bei NEULAND und im Biobereich längst vorschreiben.

Tierschutz: »Klasse statt Masse« auf Bauernhöfen

Auch diese Tierschutzvorgaben begünstigen somit bäuerliche Strukturen, deren Tierplatz-Dimensionen zu meist deutlich unter den baugesetzlichen Obergrenzen liegen werden. Eine artgerechtere Haltung ohne Schwanz- oder Schnabelkupieren, mit Stroh und Auslauf oder mit Weidegang können Bauernhöfe viel besser realisieren als Tierfabriken. Weil die entsprechenden Richtlinien EU-weit als »Cross-Compliance-Vorgabe« für den Erhalt der Flächenprämien gelten, wird ein ruinöser Wettbewerbsnachteil unterbunden. Durch das Verbot bestimmter Haltungsbedingungen (wie zuvor der Käfighaltung) gibt es auch keine konkurrierenden Billigangebote aus Stresshaltung mehr. Weil die flächendeckend neue Tierhaltung die Überschussmengen drastisch verringert, gibt es auch keine defizitären und schädlichen Drittlandexporte mehr. Die tierschutzbedingte Mengenbegrenzung schafft also auch Spielraum für faire Erzeugerpreise – mit gesellschaftlicher Akzeptanz! Viele gute Gründe also für Bauern, sich in diese gesellschaftliche Bewegung massiv einzumischen mit Forderungen nach Praktikabilität und einem massiven und zeitlich angemessenen Umbau- und Förderprogramm!

Folgerungen & Forderungen

- Das baugesetzliche Vetorecht der Gemeinden ist auf sämtliche beantragte Megaställe auszuweiten.
- Die EU-Tierschutzvorschriften sind in allen EU-Ländern umzusetzen.
- Zum Schutz von Anwohnern sind Immissionsobergrenzen für Keime festzulegen.
- Notwendig sind Stallumbauprogramme für eine artgerechte Tierhaltung in bäuerlichen Strukturen.
- Erforderlich ist eine breite Unterstützung der internationalen Vernetzung von Initiativen gegen Agrarfabriken.

Dies alles gilt leider zunehmend auch für den Bereich der Bio-Tierhaltung, die immer häufiger in »Bio«-Agrarfabriken wandert, die sich zudem großteils in der Hand altbekannter klassischer Agrarindustrieller befinden. Höchste Zeit für die Bioverbände, sich für echtes »Bauernhof«-Bio einzusetzen, klare und zumeist niedrigere Obergrenzen vorzuschreiben und das »Bio-Light« in der EU-Öko-Verordnung an diese höheren Standards anzupassen. Die Bewegung gegen agrarindustrielle Tierhaltung wird – nach dem Vorbild des Verbots der Käfighaltung – dazu führen, dass es EU-weit keine konventionellen Billigprodukte mehr gibt. Dies verringert die abschreckenden Preisabstände zu Bio-Produkten. Es wäre schön, wenn sich noch mehr Bioverbände an der Bewegung »Bauernhöfe statt Agrarfabriken« beteiligen würden. Zumal auch immer mehr Biohöfe aktiv im Netzwerk mitarbeiten, die ihre Akzeptanz und ihre Vermarktung durch Immissionen benachbarter Megaställe auf ihren Feldfrüchten gefährdet sehen.

Weitere Erfolge des Netzwerks

Das Netzwerk hat gemeinsam mit anderen Aktiven weitere Themen mit vorangebracht: die Diskussion um die Qualzucht bei vielen Tierarten, die Debatte um den Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung und um die dadurch geförderten resistenten Keime, die Auseinandersetzung um den Schutz der Tiere bei Stallbränden oder Ausfall der Lüftungsanlagen, die Abschaffung der deutschen EU-Exportsubventionen, die Beendigung der Ausbeutung durch Werkverträge in Schlachtbetrieben, Programme zur Förderung des heimischen Anbaus von Leguminosen und anderen Eiweißfutterpflanzen, Beschränkung der Stallbau-Investitionsförderung in einigen Bundesländern auf artgerechte Tierhaltung, zuletzt auch die Ankündigung der Agrarministerien von NRW und Niedersachsen zur baldigen Beendigung der Tötung männlicher Küken von Legehennenrassen. Auch der neuerliche Rückgang des Verzehrs von agrarindustriell erzeugtem Geflügelfleisch geht sicher mit auf das Konto des Netzwerks.

Deutlich vorangebracht hat das Netzwerk auch die überfällige Diskussion über die unsinnige Überproduktion, bei der hierzulande mit Importfuttermitteln große Fleischüberschüsse erzeugt werden, die zu Lasten der Bauern hierzulande und in den Empfängerländern der Dumpingexporte gehen. Die seit Jahren konstatierte, im Verdrängungskampf der Geflügelkonzerne geschaffene »Überschussblase« bei Masthühnern und Puten und die damit verbundene ruinöse Lage der abhängigen Vertragsmäster kann auch der Zentralverband der Geflügelwirtschaft nicht mehr wegreden, wenn er vom »wirtschaftlichen Limit«, einer »dramatischen Erlössituation« und Problemen bei der Erwirtschaftung getätigter Stallinvestitionen redet.⁴ Die Strategie der

Schweine-Schlachtkonzerne, Überschüsse auf Drittlandmärkten wie Russland abzusetzen, bekam einen massiven Dämpfer durch die Ankündigung des Schlachtkonzerns Tönnies, des Landbau-Biogas-Konzerns KTG und des Fleischvermarkters RKS, dass man riesige Agrarfabriken für eine Million Schweine in Südrussland plane.⁵ Viele Stallbauten haben sich vor diesem Hintergrund und angesichts jahrelang ruinös gedrückter Erzeugerpreise bereits als Fehlinvestitionen erwiesen. Viele jener Antragsteller, deren Ställe durch Bürgerinitiativen verhindert wurden, dürften dem Netzwerk mittlerweile dankbar sein.

Das Thema im Kritischen Agrarbericht

- ▶ Eckehard Niemann: Agrarindustrie macht einsam. Das Netzwerk »Bauernhöfe statt Agrarfabriken« bietet dem Ausbau der Massentierhaltung Paroli. In: Der kritische Agrarbericht 2011, S. 184–188.
- ▶ Eckehard Niemann: Gegenwind für Agrarfabriken. Bürgerinitiativen verhindern Tierfabriken und stoßen politische Regelungen an. In: Der kritische Agrarbericht 2012, S. 42–46.
- ▶ Eckehard Niemann: Die »Hähnchenblase«. Über die Krise der Geflügel-Agrarindustrie und eine erstarkende Bürgerbewegung. In: Der kritische Agrarbericht 2012, S. 122–125.
- ▶ Eckehard Niemann: Schweinemarkt – Überschüsse und längst nicht mehr kostendeckende Preise. In: Der kritische Agrarbericht 2013, S. 121–123.

Anmerkungen

- 1 BUND-Studie: Anträge und Bewilligungen für den Bau neuer Tierhaltungsanlagen in Deutschland; Stand Januar 2013.
- 2 Das Positionspapier »Für eine zukunftsfähige und nachhaltige Nutztierhaltung auf bäuerlichen Betrieben – gegen Agrarfabriken!« ist nachzulesen unter www.bauernhoefe-statt-agrarfabriken.de/positionspapier.
- 3 Angaben gemäß Mitteilungen von Bürgerinitiativen und Medienberichten, jeweilige Zahlen gerundet und ohne Gewähr.
- 4 Pressemitteilung ZDG vom 23. August 2013: »Hähnchenerzeugung – Halter arbeiten am wirtschaftlichen Limit«.
- 5 Pressemitteilung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Landesverband Niedersachsen/Bremen vom 2. Oktober 2013: »Mega-Tierfabriken von Tönnies und KTG Agrar in Russland – Alarmsignal für Strategiewechsel in der Schweinehaltung«.



Eckehard Niemann

Vertreter der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in der Bundeskoordination des Netzwerks »Bauernhöfe statt Agrarfabriken« und dort Mitkoordinator

Varendorfer Str. 24, 29553 Bienenbüttel
E-Mail: eckehard.niemann@freenet.de